

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 3

Vorwort: Vom Gebrauchswert der Minderheit : mit dem Herzen denken
Autor: Maissen, Toya

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mit dem Herzen denken

Von Toya Maissen

Mein Kollege Richard Müller, Chefredaktor an der «Berner Tagwacht» und vehemente Befürworter der Beteiligung unserer Partei im Bundesrat, hat als einziger in seinem Kommentar (Artikel auf der Seite 22) ein Wort, ein besinnliches auch, zur Situation der Verlierer an diesem Parteitag gefunden. Er schreibt:

«Die unterlegene Minderheit ist nicht einfach geschlagen. Sie hat sich übrigens mit Ausnahme nur weniger Heisssporne auch überaus fair verhalten. Gewiss, es war die Spannung zu spüren, aber sie hat die Partei nicht in die Nähe eines Bruchs geführt. Die Besonnenheit der Austrittswilligen — auch die Parteileitung blieb immer souverän — ermöglicht es, dass nun gemeinsam wieder Sachfragen angegangen werden können. Die Minderheit verdient darum Dank; wir brauchen sie; sie, die auch mit dem Herzen denken.»

Dass man die Jungen und die Frauen in der Partei braucht, das haben verschiedene Votanten am Parteitag, die für einen Austritt plädiert haben, auch gesagt. Auch Lilian Uchtenhagen, als sie zum Schluss ihres bewegenden Referates die Jungen, die Aktiven und die Frauen in der Partei beschwor, bei der Stange zu bleiben. Merkwürdigerweise haben die Votanten für den Verbleib zumeist solche Appelle unterlassen. Jedenfalls hat niemand meines Wissens die Inaktiven, die Alten und die Männer ebenso generell aufgefordert, wie die Jungen, die Aktiven und die Frauen aufgefordert wurden.

Darüber sollte man sich schon ein paar Gedanken machen, auch dass nur Richard Müller in der «Tagwacht» als einziger immerhin prominenter Befürworter ein Wort der Anerkennung fand, stimmt nachdenklich.

Für mich war es das einzige *negative* Erlebnis dieses auf der ganzen Ebene ausserordentlichen Parteitages: die Selbstverständlichkeit, mit der die prominenten Befürworter nach der Hauptabstimmung ihre Sachen zusammenpackten. Die unterlegene Minderheit, deren Gebrauchswert so offensichtlich gross ist, war keines Wortes von seiten der Sieger würdig. So wie die bürgerlichen Parteien die SP als Minderheitspartei brauchen, so braucht jetzt diese parteiinterne Mehrheit ihre parteiinterne Minderheit. So etwa wird es auch unseren SP-Bundesräten im mehrheitlich bürgerlichen Bundesrat ergehen.

Der Parteitag und die Wochen der intensiven Diskussionen, die ihm vorausgegangen sind, haben der Partei unheimlich gut getan. Ich selber muss eingestehen, dass ich in den letzten drei Monaten mehr gelernt habe über unsere Partei und ihre Probleme als in den 15 Jahren zuvor.

Die Schwierigkeiten sind nicht vornehmlich ideologischer Natur. Es ist auch nicht eine Frage von links-rechts gewesen, oder alt-jung. Was uns zu schaffen macht, sind die starken regionalen Unterschiede. Die Sektionen, welche mich vor dem Parteitag eingeladen hatten, waren zum Teil so unterschiedlich,

dass mir langsam aufgegangen ist, dass hier auch von der Parteileitung her sehr viel nachzuholen ist. Eine Parteisektion politisiert auf Grund ihrer lokalen und regionalen Probleme, die höchst unterschiedlich sein können. So muss sich die Sektion Oberengadin wohl mit ganz anderen Fragen beschäftigen als die Sektion Horburg-Kleinhüningen in Basel.

Mir wurde klar, dass wir uns nicht gut genug kennen. Es müsste ein reger Austausch zwischen den Sektionen stattfinden. Die einzelnen lokalen oder regionalen Anliegen sollte man sich gegenseitig erklären, man sollte auch auf Sektionsebene Erfahrungen austauschen. Zum Beispiel einmal pro Jahr Sektionsvertreter aus anderen Landesteilen bei sich einladen. Dann würden wir uns auch besser verstehen, wenn es um die Festsetzung politischer Prioritäten geht. Dies würde auch die Möglichkeit eröffnen, die nur scheinbaren regionalen Probleme ganzheitlich anzugehen. Die Behauptung, die Partei sei von irgendwelchen Ideologen in den letzten Jahren beherrscht worden, wirkt zwar propagandistisch immer gut, ist aber falsch und führt zu falschen Schlüssen. Am aktivsten sind jene Genossinnen und Genossen dort, wo der Problemdruck am grössten ist, zum Beispiel eben in den städtischen Gebieten mit ihren Wohn-, Verkehrs- und Betonproblemen, etwa in den Uhrenregionen mit ihren schweren Struktursorgen oder in den industriellen Ballungszentren mit ihrem grossen ökologischen Druck. Das Waldster-

ben sollte uns alle gleichermassen betroffen machen.

Die Minderheit, von der Richard Müller so schön gesagt hat, dass sie «auch mit dem Herzen denkt», ist abgesehen davon, dass sie in der Partei wirklich gebraucht wird, auch

die ganz grosse Chance. Weil sie eben mit dem Herzen denkt, kann sie viel besser als die weniger aktiven Genossen das interregionale Gespräch innerhalb der Partei aufnehmen. Sie wird offener sein für die Anliegen der anderen. Innerhalb der SPS

wird vielleicht das Netz jener immer grösser und feinmaschiger, die mit dem Herzen denken. Man sollte allerdings diese Minderheit nicht nur «gebrauchen», man sollte ihr auch Anerkennung zollen. Insofern danke, Richard Müller.

Der Preis der Salonfähigkeit

Von Peter Bichsel, Schriftsteller, Bellach

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen!

Damit beginnt es schon; ich habe immer wieder erlebt, vor 25 Jahren schon, wie in den Sektionen sehr erregt über die Abschaffung dieser Anrede diskutiert wurde. Man hielt sie für wenig werbewirksam und schämte sich vor anderen. Das ist bestimmt eine nicht sehr wichtige Sache. Trotzdem, mir scheint, sie hat mit unserem heutigen Thema zu tun.

Also:
Liebe Genossinnen,
liebe Genossen!

Gestattet mir erst drei Vorbe-
merkungen:

1. Ich stehe hier nicht stellvertretend für irgendwen oder irgendwas. Ich verstehe mich auch nicht als ehemaligen Berater von jemandem, und ich habe mir selbst verboten, ihn hier zu zitieren. Immerhin, gestattet mir, dass ich über jene ein wenig lächeln darf, die ganz sicher sind, wie er sich verhalten hätte.
2. Meine Rede wird keine diplomatische Rede sein, denn ich habe eine Meinung.
3. Ich bin stolz auf diesen Parteitag. Ich bin stolz darauf, Mitglied einer Partei zu sein, die so was hat wie diesen Parteitag. Unabhängig von seinen

Entscheidungen halte ich ihn für repräsentativ, und ich möchte einigen Repräsentanten unserer Partei in den Behörden wünschen, sie könnten annähernd so repräsentativ für unsere Partei sein.

Ich beginne mit einer Geschichte:

In der Frühjahrssession des Jahres 1990 bringt der freisinnige Nationalrat Möri eine Einzelinitiative ein. Er schlägt einen Verfassungsartikel vor mit dem Inhalt: «Die Präsidenten und die Geschäftsleitungen der Regierungsparteien werden von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt.»

Möri meint dies als Vorschlag nach der langen Diskussion in den Medien, die mehr und mehr der Ansicht sind, dass die schwindende Stabilität vor allem auf die Unstabilität der Parteien zurückzuführen sei. Selbstverständlich will sich das die Sozialdemokratische Partei — denn gegen sie ist der Vorschlag gerichtet — nicht bieten lassen. Das bringt die Sozialdemokraten in ein schiefes Licht, denn die anderen Regierungsparteien sollen ja genau gleich behandelt werden, und die Sozialdemokraten würden sich an der Wahl der bürgerlichen Parteipräsidien genauso beteiligen können. Sie SP sei, so liest man in den Kommentaren, offensichtlich unfähig, Verantwor-

tung mitzutragen. Unnötig zu erwähnen, dass es einige Sozialdemokraten gibt, die mit diesem Vorstoss sympathisieren. In der SP gibt es im übrigen zwei Meinungen: Jetzt aus der Regierung auszutreten oder diese Initiative vehement zu bekämpfen.

Der Präsident der SP sagt in einem Interview, dass die Bekämpfung die Initiative vorrangig sei und dass man über die Regierungsbeteiligung hinterher noch sprechen könne und müsse.

Die bürgerliche Presse kommentiert dies als Unlauterkeit, Doppelstrategie und Hinterhältigkeit. Dass der SP-Präsident in diesem Interview ganz nebenbei das Wort «Polizeistaat» erwähnt hat, wird als grosse Geschmacklosigkeit bezeichnet. Man sehe nun, wes Geistes Kind er sei. Die Sektionen der SP sind nach wie vor in der Sache derselben Meinung wie ihr Präsident. Mehr und mehr Sozialdemokraten übernehmen aber nun die Meinung der bürgerlichen Presse, dass der SP-Präsident mit seinem Interview der eigentliche Verantwortliche für den neuen Verfassungsartikel sei. Die Hetzjagd in der eigenen Partei beginnt. Man wirft dem Präsidenten nun vor, dass er vorsätzlich dem neuen Artikel Vorschub geleistet hätte, um hinterher den Austritt